

Herrlich und dämlich

Zu: „Es war einmal ein Fräulein“, FR-Panorama vom 15. Januar

Herrlich war, dass das Fräulein (zu dem sprachlich übrigens kein „Herrlein“ gepasst hätte, sondern es ein „Männlein“ hätte sein müssen) endlich begraben wurde, dämlich nur, dass es bis heute im Singular bei der Anrede „Frau“ geblieben ist, obwohl das Pendant zu Herr richtig „Dame“ wäre, wie es leider bislang nur im Plural („Damen und Herren“) gebräuchlich ist.

Christian Horz, Reinfeld

Ich möchte mich nicht unterwerfen

In der FR heißt es: „Vor 50 Jahren wurde die Anrede [„Fräulein“] für ledige Frauen abgeschafft.“ Mitnichten ... es sei denn, sie bestünden weiterhin auf der herkömmlichen Bezeichnung. Umgehend wandte ich mich an die Sekretärin meines Arbeitsbereichs, für mich „Fräulein“ beizubehalten, und lege noch heute Wert darauf. Wenn ich junge Damen vor mir habe, jung, agil, selbständig, fällt es mir schwer, sie nicht mit „Fräulein“ anzusprechen, sondern sie zwanghaft in die Kategorie der etwas plüschigen „Frau“ einzuordnen. Der Frau Familienministerin ist deshalb keinesfalls zuzustimmen: „Heute wäre das Wort [„Fräulein“] für Frauen nur noch respektlos.“

Genauso unangenehm wie durchgängig „Frau“ zu verwenden, ist das um sich greifende „Duzen“, mit dem man dem anderen nicht empathisch sondern distanzlos, despektierlich begegnet. Der eine wie der andere Umgang miteinander ist m.E. nicht Ausdruck von gegenseitiger Achtung sondern von Vereinnahmung, der ich mich nicht unterwerfen möchte.

Katrein Brandes, Hamburg

Die Gruppe hat versagt

Zu: „Galgenfrist für Boris Johnson“, FR-Politik vom 14. Januar

Da gerät die Erwartung an verantwortliches oder instinktives gesellschaftliches Handeln seitens gestandener Demokraten doch etwas ins Wanken! Egal, wer sie ausgesprochen hat: Der Einladung zu den Parties hätte niemand Folge leisten dürfen. Wo die Gruppe versagt, hätte der Einzelne sich folgenlos durch eine einfache Entschuldigung der Affäre entziehen können.

Nichts dergleichen scheint geschehen zu sein. Gaudi über alles. Hundert Hüter von Staat, Recht und Ordnung haben mitgemacht. Und kein Mensch spricht darüber. Wie soll sich in Wirtschaft oder beim Militär Instinkt oder Standhaftigkeit des Einzelnen gegen Willkür, Unvernunft oder Unmoral von oben entwickeln, wenn wer weiß welche persönlichen Folgen drohen?

Eckbert Bayer, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220117

Die Trotzkopf-Strategie der Linkspartei

Zu: „Links wächst der Unmut“, FR-Politik vom 14.1., und „Mehr soziale Gerechtigkeit wagen“, FR-Politik vom 11. Januar

Perspektivlose Hartz-IV-Klagegesänge

Die „Linke“ tritt bei der Wahl des Bundespräsidenten mit einem eigenen Kandidaten an. Das klingt angesichts der Mehrheitsverhältnisse und eingedenk des Umstands, dass mit einer Wiederwahl von Frank-Walter Steinmeier die Demokratie sicherlich nicht bedroht sein würde, nach einer Trotzkopf-Strategie. Oder nach einer Lust am eigenen Untergang. Ich kenne sehr viele nachdenkliche Staatsbürger, die sich darauf nur einen Reim machen können. Dass sich die Fraktionsvorsitzenden Amira Mohamed Ali und Dietmar Bartsch sowie die Co-Parteivorsitzende Janine Wissler als endgültige Totengräber einer Partei verstehen, die ihre Zukunft hinter sich hat. Und welche die meisten Hoffnungen, die bei ihrer Gründung aufkamen, nicht erfüllen konnte.

Mittlerweile erinnert mich nahezu jedes Statement der Parteiführung an ein Gedicht von Kurt Tucholsky, dessen letzte Zeilen lauten: „Ihr seid um die Frucht eures Leidens gebracht. / Das macht: Ihr konntet euch nicht befreien / von dem Feind aus den eigenen Reih'n.“

Man kann den Mainzer Sozialmediziner Gerhard Trabert bereits jetzt bedauern. Zwar klingt die Begründung für seinen Antritt ehrenwert: „Ich möchte die Kandidatur nutzen, um auf die Armut und soziale Ungerechtigkeit in diesem Land hinzuweisen, und um als Fürsprecher von Menschen aufzutreten, die zu wenig gehört werden.“ Doch sein Engagement für Obdachlose, Arme und Geflüchtete wird im Prozedere der Wahl gar nicht zur Sprache kommen. Allein schon, weil die Bundesversammlung kein Parlament ist und nicht dem Streit um politische Überzeugungen dient. Gerhard Trabert ist nicht nur chancenlos (was ihm klar ist), er besitzt auch vor dem Wahlgang kaum eine realistische Möglichkeit, seine Stimme wirksam für die Benachteiligten zu erheben und damit Signale zu setzen, die er und andere für dringend not-

wendig halten. Denn exakt das wäre die Aufgabe der Partei, die ihn in die aussichtslose Wahl schickt. Doch die kommt seit längerem über perspektivlose Hartz-IV-Klagegesänge nicht hinaus. Und sie erweckt sogar in manchen ihrer laienhaft formulierten Forderungen den Eindruck, sie stünde an der Seite von Corona-Leugnern und Impfgegnern.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Lebensplanung ist oft nicht mehr möglich

Frau Heike Kuntze-Engemann spricht mir in ihrem Leserbrief, aus der Seele. Die Kandidatur von Gerhard Trabert unterstütze ich zu 100 Prozent. Es fehlt die Stimme für 21 Prozent der in Deutschland im Niedriglohnssektor arbeitenden Beschäftigten, es fehlt die Stimme für die 7,4 Prozent im Jahr 2019 Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen, es fehlt die Stimme für die dramatisch angestiegenen Zahlen der Bedürftigen, die auf die Versorgung der sog. Tafeln angewiesen sind, es fehlt die Stimme für 1,65 Mio. Menschen, die im Jahr 2019 dort „Kunden“ waren, davon 30 Prozent Kinder!

Frau Kuntze-Engemann fragt, warum diese Menschen nicht auch auf die Straße gehen. Meine Vermutung: Wer alleinerziehend, müde vom Zweitjob nach Hause kommt, vorher bei der Tafel für Lebensmittel angestanden hat, wer mit dem Fahrrad bei Wind und Wetter für einen Hungerlohn Speisen aus Restaurants zu privilegierten Menschen an die Haustür bringt, wer alt, gebrechlich ist, kein Geld hat, um sich über die gesetzlichen Krankenkassenleistungen hinausgehende Leistungen für seine Gesundheit zu besorgen und deshalb noch kränker wird, wer sich keinen Zahnersatz leisten kann, weil der dermaßen vom G-BA zusammengestrichen wurde als Leistung der gesetzlichen Krankenkassen, wer von einer Minirente leben muss: 'All diese Menschen haben schlicht weder die Kraft noch die Zeit, auf die Straße zu

gehen, um auf diese ganzen Missstände aufmerksam zu machen. Das bleibt doch eher der Mittelschicht vorbehalten. Oder betuchten, gesunden Rentner:innen, die sich keine Sorgen machen müssen, was und ob es morgen etwas zum Mittagessen gibt.

Auch der um lächerliche drei Euro erhöhte Hartz-IV-Betrag ist einfach nur peinlich und von Politikern beschlossen, die längst keine Verbindung mehr haben zu den Leben ihren Bürger:innen. Sie sitzen gut versorgt über viele Jahre im Bundestag, viele von ihnen vom „Kindergarten“ in die Politikerkarriere eingestiegen und nie selbst in Berührung gekommen, mit den Themen von niedrig bezahlten Menschen, von Senior:innen und Familien, deren Rente und Gehälter von ungeheuerlich hohen Mieten aufgefrissen werden, von dem befristet angestellten jungen Familienvater, dessen Leben und das seiner Familie nicht planbar ist, weil er nicht weiß, ob nach der Befristung der nächste Job zu finden sein wird und wenn, dann nicht weiß wo der sein wird. Heißt, sesshaft zu werden, seinen Kindern Wurzeln zu geben, sich selbst zu verwurzeln für viele Jahre des Lebens, Aussicht auf eine Planbarkeit, schier unmöglich.

Beate Bender, Dortelweil

„Die Partei, die Partei, die hat immer recht“

Markus Deckers Unmut über die Fortexistenz der Partei „Die Linke“ lässt ihn nach Verbündeten innerhalb dieser Partei suchen. Unter der Maske des um die Volksgesundheit Besorgten könnte er dort vielleicht einige finden, die die Mehrheitsmeinung pro Impfen mit missionarischem Eifer vertreten. Ich bezweifle allerdings, ob diese ihn als Chorleiter bestellen, um gemeinsam und mit Fackeln vor Lafontaines Haus zu ziehen und zu singen: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht ...“.

Helmut Roth, Geisenheim

Diskussion: frblog.de/trabert

Trumps Abwehrversuche erscheinen im Nachhinein sinnvoll

USA: „Bidens Frontalangriff“, FR-Politik vom 13. Januar

Die USA sind tief abgestürzt. Große Probleme sind die Armut und die Arbeitslosigkeit. In den großen Städten ist die Politik infolge Überschuldung fast gelähmt. Es gibt Millionen Obdachlose und allein in New York über 1200 Suppenküchen, die dem Ansturm kaum gewachsen sind. Das US-Doppeldefizit des Staates und des Außenhandels, die sich gegenseitig bedingen, sind bedrohlich. Das Gesetzespaket, bei dem es um Ausgaben von 2,2 Bill. Dollar in zehn Jahren geht, würde die Staatsschulden weiter enorm ansteigen lassen.

Folgt nun dem Schrecken unter Trump das Chaos unter Biden? Und ein Comeback der Re-

publikaner bei den nächsten Wahlen? Franklin D. Roosevelt, von 1933 bis 1945 demokratischer Präsident der USA, führte die USA erfolgreich aus der Weltwirtschaftskrise, die seit 1929 wütete. Sein New-Deal-Programm enthielt die Regulierung der Finanzmärkte, einen Spitzensteuersatz von über 90 Prozent, eine Spitzen-Erbschaftssteuer von 50 Prozent, zahlreiche soziale Maßnahmen und hohe staatliche Investitionen. Doch gegen diese Politik regte sich im Lauf der Zeit erfolgreich Widerstand. Große Unternehmen verlegten Arbeitsplätze ins Ausland. US-Bürger und -Unternehmen mussten so mit Arbeitskräften und Unternehmen

in Billiglohnländern konkurrieren, in denen auch weniger Steuern erhoben wurden. So entstand der riesige Importüberschuss der USA. Und Importüberschuss bedeutet Verschuldung (Kapitalexport) und Export von Arbeitsplätzen. Der Staat konnte diesen Aderlass nur teilweise durch job-schaffende Erhöhung der Staatsverschuldung ausgleichen.

Trumps Abwehrversuche gegen den Importüberschuss, besonders aus China, werden so verständlich. Das nur als Strafzölle und Wirtschaftskrieg abzutun, ist falsch. Der Weltmarkt und die Finanzmärkte beherrschen die Szene. Hier liegen die Staaten untereinander im Wettbewerb um

Marktanteile und um Zu- und Abströme von Kapital. Die Märkte bestrafen soziale und ökologische Politik und erzeugen den Steuer-senkungs-Wettbewerb zwischen den Ländern. Und den ökologisch verheerenden Wachstumszwang, weil die Überschüsse der Reichen immer wieder profitable Anlagemöglichkeiten finden müssen, oder sie verlassen das Land.

Dem können die Staaten nur gemeinsam und nicht im Wettbewerb untereinander begegnen. Die Politik muss und kann das Primat über die Wirtschaft zurückgewinnen. Dabei muss die veraltete Lehre der Makroökonomie aufgefrischt werden.

Hans Oette, Neuenstadt